

Die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Wir haben in unserer heutigen Morgenausgabe eine zusammenfassende Darstellung der Streikbewegung in Oesterreich veröffentlicht, die bereits die wesentlichsten Vorgänge der letzten Tage erkennbar macht. Die Bewegung hatte, wie wir noch hinzufügen möchten, am Donnerstag in Wiener-Neustadt begonnen und griff von dort in andere niederösterreichische Provinzstädte, sowie nach Wien über, verbreitete sich rasch über andere Kronländer, besonders Steiermark, Böhmen und Mähren und kam gleichzeitig auch in Ungarn, vor allem in Budapest, zum Ausbruch. In den beiden Reichshauptstädten traten Arbeiterkommissionen mit den Regierungsbehörden in Verhandlungen und legten Forderungen vor, die sich im wesentlichen in drei Gruppen teilen lassen, in außenpolitische, innerpolitische und in Forderungen bezüglich der Ernährung. In der ersten Hinsicht verlangten die Arbeiter Sicherungen dafür, daß ein Friede ohne Annexionen und Kriegsschädigungen abgeschlossen werde. Innerpolitisch forderten sie das gleiche Wahlrecht in den Kommunalvertretungen und Landtagen. Die Verhandlungen über die Ernährungsfrage drehten sich vornehmlich um die Herabsetzung der Mehlration.

Am Sonnabend gab sowohl der österreichische, wie der ungarische Ministerpräsident den Arbeiterführern bindende Erklärungen ab, nachdem an den beiden vorhergehenden Tagen die bereits bekannten stürmischen Verhandlungen in dem österreichischen Budgetausschuß stattgefunden hatten. Die Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten von Seidler besagte,

es sei der sehnlichste Wunsch des Kaisers, sobald als möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. Ist zurzeit nur ein Sonderfrieden mit Rußland möglich, so falle die Verantwortung dafür auf die Ententemächte, die all die wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte ausgeschlagen haben. Dessenungeachtet hält die Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Internationale Vereinbarungen über Abrüstung und über Schiedsgerichte bieten dazu nach ihrer Ueberzeugung die geeignetste Grundlage. Da keine territorialen Erwerbungen auf Rußlands Kosten von der R. u. R. Regierung angestrebt werden, werden daran auch die Friedensverhandlungen nicht scheitern.

Der Bevölkerung Polens wird es überlassen bleiben, durch Volksabstimmung auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung, deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Okkupationsbehörden erfolgen soll. Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete wüßte die R. u. R. Regierung allerdings ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht geordneten Verhältnisse Rußlands diese Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden können. Doch werde bei gutem Willen auf beiden Seiten sicherlich ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können. Da die Monarchie bei Lösung aller dieser Fragen sich von keinen eigenmächtigen Absichten leiten lasse und bereit sei, den russischen Wünschen soweit entgegenzukommen als die österreichisch-ungarischen Interessen gestatten, hege der Ministerpräsident das vollständige Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an diesen Fragen nicht scheitern werden. Die Regierung sei jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten, und dadurch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zur auswärtigen Politik zu festigen.

Auch in innerpolitischer Hinsicht wurden weitgehende Konzessionen bewilligt, ebenso auf dem Gebiete der Ernährungspolitik. Es ist aber offenkundig, daß diese Angelegenheiten eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle gespielt haben, und daß es sich in erster Linie bei der ganzen Bewegung um die Friedensfrage handelte.

Dabei hat zweifellos die Kritik deutscher Regierungskreise eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf den in unserer gestrigen Abendausgabe veröffentlichten Bericht über die Verhandlungen des österreichischen Budgetausschusses vom Donnerstag und Freitag. Dort haben die Sozialdemokraten Adler und Seik sowie der liberale Abgeordnete Fenker gegen alle Annexionsabsichten im Osten gesprochen und nicht nur Polen, sondern mit besonders scharfer Betonung auch Rußland in die Diskussion gezogen. Mit besonderer Schärfe wurde in diesem Zusammenhang der Name des Generals Hoffmann genannt. Diese Vorgänge finden ihre sachliche Ergänzung in der Tatsache, daß bereits mehrere Tage vor dem Ausbruch des Streiks eine Reihe von Wiener linksstehenden Blättern die bekannte Erklärung, die General Hoffmann am 12. Januar in Brest-Litowsk abgegeben hatte, zum Ausgangspunkt überaus heftiger Angriffe gegen Hoffmann nahmen. Ferner erschien fast gleichzeitig der vielbesprochene Artikel des Wiener „Fremdenblatt“ gegen Bülow, eine Rundgebung, die, wie alle Welt inzwischen erkannt hat, zur Verteidigung des Herrn von Kühlmann bestimmt war. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß, nach den uns zugehenden Informationen das „Fremdenblatt“ keine halbamtlichen Beziehungen zu der österreichischen Regierung allerdings gelöst haben soll, daß es aber zweifellos mit dem Ministerium des Äußern nach wie vor in enger Fühlung steht.

Nach all dem scheint es, daß die österreichischen Vorgänge von einer sonderbaren Auffassung der deutschen Verhältnisse zumindest nicht unbeeinflusst waren, deren Ursprung kaum in Wien selbst gefunden werden kann. Man hat den Eindruck, daß weite Kreise in Oesterreich dem Frieden näher zu kommen glauben, wenn sie gerade gegen militärische Persönlichkeiten in Deutschland Front machen, während Herr v. Kühlmann anscheinend erheblich größere Sympathien genießt.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht zu wiederholen, was wir auf Grund besserer und näherer Kenntnis der Dinge in Deutschland zu diesem Gegenstand wiederholt ausgeführt haben. Wenn man in Wien an der deutschen Politik Kritik üben will, so bedarf es dazu als des einzig möglichen Maßstabes eines eigenen klaren politischen Willens. Den kann Oesterreich aber gerade bei den Verhandlungen mit Rußland in der wirksamsten Weise bekommen, wenn es klipp und klar darauf verzichtet, die künftige

Stellung Polens nach seinen eigenen Wünschen und ohne Rücksicht auf die russischen Wünsche zu regeln. Die Versicherungen, die Graf Czernin und Herr von Seidler in dieser Hinsicht abgegeben haben, sind unseres Erachtens viel zu allgemein gehalten, um uns irgend eine sichere Gewähr in dieser Hinsicht zu bieten.

Die Polenfrage hat nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich den Ausgangspunkt jener weiteren bedauerlichen Erscheinungen der Ostpolitik gebildet, gegen die man jetzt in Wien so heftig auftritt. Polen ist also auch jetzt wiederum die Frage, von der aus der Wendepunkt herbeigeführt werden könnte, den auch wir dringend wünschen. Also ist es Oesterreich-Ungarn selbst, das ein gutes Stück der Entscheidung in seinen Händen hält. Nicht General Hoffmann oder anderem deutschen Militärs kann die erwünschte Wendung beginnen, sondern an den verantwortlichen Leitern der Politik der Mittelmächte, an Czernin und Kühlmann liegt es, das erste und entscheidende Wort zu sprechen.